

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

09. - 15. Mai 2026

Gabriel Attal hat einen weiteren Schritt in Richtung Präsidentschaftskandidatur 2027 gemacht. Am 12. Mai verabschiedete der Nationalrat der Partei Renaissance einen Antrag, der Attal als Kandidaten empfiehlt. Von den 243 anwesenden Mitgliedern stimmten 221 für den Antrag, 22 für eine interne Vorwahl und zehn enthielten sich. Attal hat offiziell bis zum 1. Oktober Zeit, seine Kandidatur anzukündigen, die erst nach einer Mitgliederabstimmung wirksam wird. Die Entscheidung fiel kurz nach dem Rücktritt von Elisabeth Borne aus dem Parteivorstand. Sie kritisierte Attals Führungsstil als undemokratisch und distanzierte sich von seiner Strategie. Borne hatte 2024 vergeblich versucht, Attals Machtübernahme in der von Macron gegründeten Partei zu verhindern. Trotz ihres Rückzugs bleibt sie politisch aktiv, unter anderem mit ihrem Mikropartei-Projekt [siehe Parlament, Parteien & Personen]. Attal befindet sich bereits seit April im Wahlkampf: Er hat ein Buch mit dem Titel „Als freier Mann“ („En homme libre“) veröffentlicht, veranstaltet Signierstunden, trifft Bürger und plant einen großen Wahlkampfauftritt in Paris für den 30. Mai. Parallel dazu hält Édouard Philippe, ehemaliger Premierminister und Präsident der Partei Horizons, ebenfalls an seiner Kandidatur fest und sucht nach einem möglichen Zusammenschluss für eine gemeinsame Kandidatur im Jahr 2027. Beide Politiker signalisieren damit, dass hinter den Kulissen Verhandlungen über eine einheitliche Präsidentschaftsbewerbung laufen, während der interne Wettbewerb in den Parteien und die parteiübergreifenden Allianzen weiter an Bedeutung gewinnen.

In seinem ersten Interview mit der deutschen Presse, das in der FAZ veröffentlicht wurde, wandte sich Jordan Bardella mit Blick auf die Präsidentschaftswahl in einem Jahr an die Deutschen, um seine Ambitionen für Frankreich sowie seine Haltung zu Deutschland darzulegen. Obwohl Bardella eine klar nationalistische Linie vertritt, bemüht er sich zugleich darum, als glaubwürdiger Präsidentschaftskandidat wahrgenommen zu werden, insbesondere auch gegenüber Deutschland. Er erklärt, Frankreich wieder aufzurichten zu wollen, das seiner Ansicht nach durch industrielle Schwächung, massenhafte Einwanderung und Unsicherheit bedroht sei. Zugleich kündigt er eine Politik der Reindustrialisierung, den Ausbau der Kernenergie, höhere Militärausgaben sowie eine drastische Begrenzung der Einwanderung an. Während er betont, dass nationales Recht Vorrang vor europäischem Recht haben müsse, stellt der Europaabgeordnete des Rassemblement National klar, dass er keinen Austritt aus der EU anstrebt, sondern diese von innen heraus verändern wolle. Dabei positioniert er sich gegen den Green Deal und den Einfluss von Ursula von der Leyen, der er vorwirft, die europäische Wirtschaft geschwächt zu haben. Mit Blick auf die Migration in Europa bekräftigte er, dass Frankreich und Deutschland in dieser Frage mit der Unterstützung Italiens neue Kooperationen ins Auge fassen könnten. Er betonte, die Bedeutung der deutsch-französischen Beziehung, räumte jedoch Differenzen insbesondere in der Energie- und Verteidigungspolitik ein. So plädiert er unter anderem dafür, dass Berlin künftig mehr französische statt amerikanische Rüstungsgüter erwerben solle. Zugleich distanziert er sich von der AfD, deren Geschichtsrhetorik und anti-europäischen Kurs er kritisiert, auch wenn er anerkennt, dass die AfD zu einer Verschärfung der Migrationsdebatte in Deutschland beigetragen habe. Schließlich zieht sich durch das gesamte Interview auch die juristische Situation von Marine Le Pen: Bardella wirft den Ermittlungen gegen den Rassemblement national politische Instrumentalisierung vor und deutet klar an, dass er sich darauf vorbereitet, im Falle einer Verurteilung oder Verhinderung Le Pens bei der Präsidentschaftswahl 2027 ihre Nachfolge anzutreten.

Éric Ciotti, der Vorsitzende der Union der Rechten für die Republik (UDR), verfolgt weiterhin das Ziel, die stärkste konservative Kraft zu werden und damit die Partei Les Républicains (LR) zu ersetzen. Ciotti hatte sich nach den Europawahlen 2024 als Vorsitzender der Républicains zurückgezogen und sich dem Rassemblement National angenähert. Seit seiner Wahl zum Bürgermeister von Nizza im März 2026, betont er jedoch die Unterschiede der UDR zum Rassemblement National und verfolgt das Ziel, die dominierende konservative Kraft zu werden. Auf nationaler Ebene nutzt seine kleine Fraktion von 17 Abgeordneten parlamentarische Instrumente wie Untersuchungsausschüsse zu Themen wie den Kosten der Einwanderung oder der öffentlichen audiovisuellen Medien, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und politische Akzente zu setzen. Ciotti betont vor allen Dingen die liberale Wirtschaftspolitik der UDR und grenzt sich bewusst vom radikalen Kurs des RN ab. Gleichzeitig bleibt die Allianz mit dem RN strategisch wichtig: Die UDR fungiert als Ideenschmiede, die den RN unterstützt, ohne dessen populistischen Stil zu übernehmen. Die Partei plant zudem Gesetzesinitiativen zu Heiratsverboten bei Ausländern mit Ausweisungsanordnung, Maßnahmen zur Geburtenförderung und zur Bekämpfung illegaler Besetzungen. Ciotti positioniert sich somit als starker Konkurrent für Bruno Retailleau und die traditionelle Führung der LR vor den Präsidentschaftswahlen 2027.

Die jüngste Anhebung des Mindestlohns in Frankreich hat die Debatte über die Lohnnebenkosten erneut entfacht. Aufgrund der durch den Iran-Krieg bedingten Ölpreissteigerungen und der daraus resultierenden Inflation wird der Mindestlohn ab Juni 2026 automatisch um 2,4 % auf rund 1.478 Euro netto steigen. Damit stellt sich die Frage, ob auch die Sozialabgabenbefreiungen für Arbeitgeber im gleichen Maße angepasst werden sollen, da diese sich am Mindestlohn orientieren. Der französische Arbeitgeberverband fordert eine proportionale Anhebung, um die Beschäftigung insbesondere von geringqualifizierten Arbeitskräften zu sichern und die Wettbewerbsfähigkeit zu wahren. Laut Gewerbevertretern würden Kürzungen der Vergünstigungen die Kosten für Unternehmen erhöhen, ihre Wettbewerbsfähigkeit verschlechtern und zu steigender Arbeitslosigkeit führen. Das Finanzministerium signalisiert jedoch Zurückhaltung, da die Ausgaben für Lohnnebenkostenvergünstigungen bereits rund 78 Mrd. Euro im Jahr 2026 betragen. Eine Anhebung im gleichen Verhältnis wie der Mindestlohn würde die Staatsausgaben um über zwei Mrd. Euro erhöhen und das Defizit belasten. Es werden drei Optionen diskutiert: die volle Anhebung aller Vergünstigungen, das komplette Einfrieren oder eine gezielte Anpassung nur für Beschäftigte am Mindestlohn oder besonders betroffene Sektoren. Premierminister Sébastien Lecornu hat bislang keine Entscheidung getroffen und wartet auf Vorschläge aus dem Finanzministerium.

Im Berufungsprozess um die Libyen-Affäre forderte die Generalstaatsanwaltschaft am 13. Mai 2026 eine härtere Strafe für den ehemaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy als jene, die in erster Instanz gegen ihn verhängt wurde. Sarkozy wird beschuldigt, im Jahr 2007 illegale Wahlkampffinanzierung aus Libyen erhalten zu haben. Der Staatsanwalt beantragte sieben Jahre Haft, eine Geldstrafe in Höhe von 300.000 Euro sowie einen fünfjährigen Wahlrechtsausschluss. In erster Instanz war er zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Die Anklage betonte Sarkozys zentrale Rolle im Korruptionspakt mit Muammar Gaddafi sowie seine Einmischung in juristische Prozesse, beispielsweise bei der Aufhebung des Haftbefehls gegen Abdallah Senoussi, den Verantwortlichen des UTA-Flugzeugattentats von 1989. Der Prozess wird mit den Plädoyers der Verteidigung fortgesetzt, das Urteil wird für den 30. November erwartet.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Elisabeth Borne, ehemalige Premierministerin unter Emmanuel Macron, Abgeordnete und Mitglied des Vorstands der Macron-Partei Renaissance, hat ihr Amt im Vorstand der Partei niedergelegt, bleibt aber Mitglied. Damit protestiert sie gegen die erwartete Ernennung von Gabriel Attal zum Präsidentschaftskandidaten für das Jahr 2027. Borne betont, dass sie mit der Linie der Partei „nicht einverstanden“ ist. Sie kritisiert den Mangel an innerparteilicher Demokratie und bezeichnet die politische Debatte als „überfüllt mit populistischen und simplistischen Ideen“. Borne plant dennoch, Einfluss zu behalten – unter anderem mit ihrem neuen Mikropartei-Projekt „Bâtissons ensemble“ und ihrem Buch „Réveillons-nous!“. Dabei wird sie von ehemaligen Ministerinnen und Macron-nahen Abgeordneten unterstützt. Die Spannungen mit Attal sind deutlich: Sie wirft ihm Opportunismus, Kommunikationsfixierung und mangelnde Kollegialität vor. Gleichzeitig kritisiert sie die Normalisierung rechter Ideen in der politischen Mitte. Borne betont die Bedeutung eines verantwortungsvollen, rechtsstaatlich orientierten politischen Handelns, das sich gegen Polarisierung und populistische Tendenzen richtet.

DIE ZAHL DER WOCHE

8,1 %

Die **Arbeitslosigkeit** in Frankreich ist im ersten Quartal 2026 auf **8,1 %** gestiegen und hat damit den höchsten Stand seit fünf Jahren erreicht. Laut dem nationalen Statistikamt Insee stieg die Arbeitslosenquote um 0,2 % gegenüber Ende 2025, sodass nun 2,6 Millionen Menschen offiziell ohne Arbeit sind. Zusätzlich suchen 1,8 Millionen Personen eine Beschäftigung, gelten aber nicht als arbeitslos. Die Zunahme betrifft alle Altersgruppen. Während die Arbeitslosigkeit bei den 15- bis 24-Jährigen leicht auf rund 21 % sank, stieg sie bei den 25- bis 49-Jährigen auf 7,3 % und bei den über 50-Jährigen auf 5,2 %. Im Jahresvergleich stieg die Quote in allen Gruppen. Ein Grund für den Anstieg ist die Umsetzung des Gesetzes für Vollbeschäftigung seit Anfang 2025, von dem unter anderem Empfänger des RSA und junge Erwachsene zwischen 15 und 29 Jahren betroffen sind. Angesichts dieser Entwicklungen scheint das Ziel von Präsident Macron, die Arbeitslosigkeit bis 2027 auf 5 % zu senken, nun kaum erreichbar.

3	8	4	7
5	0	6	5
7	4	3	1
9	8	2	0
			1